

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 14.11.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:52 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Elisabeth Krausbeck 90/DIE GRÜNEN	BÜNDNIS
Herr Dr. Bernd Wiegand	OB
Herr Jürgen Busse	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Andreas Scholtyssek	CDU
Frau Birgit Leibrich	parteilos
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Manfred Sommer für Halle	MitBÜRGER
Herr Christoph Bernstiel	SKE
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE
Frau Julia Burghardt	SKE
Frau Marion Krischok	SKE
Frau Dr. Regina Schöps	SKE
Frau Renee Fischer	Verwaltung
Frau Rita Lachky	Verwaltung
Herr Jürgen Lander	Verwaltung
Herr Lutz Müller	Verwaltung
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung
Herr Uwe Stäglin	Beigeordnete
r	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Beate Fleischer	FDP
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE
Herr Stefan Schulz	SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende** eröffnet und geleitet.. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest, es sind 7 Stadträte anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt. Sie teilte mit, dass die Niederschrift zur Sitzung vom 10.10.2013 erst heute als Tischvorlage verteilt wurde. Aus diesem Grund kann eine Genehmigung dieser noch nicht erfolgen. Demnach werde der Tagesordnungspunkt 3.2 abgesetzt.

Es lagen dem Ausschuss zwei Dringlichkeitsvorlagen vor. Da gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse zu deren Aufnahme auf die Tagesordnung 2/3 der gesetzlichen Mitglieder des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten (8 Stadträte) zustimmen müssen, können diese nicht zusätzlich zur Tagesordnung behandelt werden.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2013
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2013 **abgesetzt**
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012
Vorlage: V/2013/12027
- 4.2. Brandschutzbedarfsplan-V/2012/10626-
Vorlage: V/2012/10626
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vervollständigung der Baumfällliste
Vorlage: V/2013/11984
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Baumfällliste
- 7.2. Mitteilungen zur Bundestagswahl 2013
- 7.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Abfallbehältern in Grünflächenanlagen –Beschlusskontrolle!

8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

zu 3.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 12.09.2013**

Der Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.09.2013, welche in der Sitzung am 10.10.2013 ausgeteilt worden war, wurde von den Stadträten ohne Änderungen zugestimmt.

zu 3.2 **Genehmigung der Niederschrift vom 10.10.2013**

Die Niederschrift zum öffentlichen Teil der Sitzung vom 10.10.2013 wurde am 14.11.2013 vor der Sitzung ausgeteilt. Eine Genehmigung kann daher erst in der Sitzung am 16.01.2014 erfolgen.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2014 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2012-Unterlagen bitte mitbringen! Vorlage: V/2013/12027**

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses erläuterte das Vorgehen der Beratung: Es können Fragen zu den aufgerufenen Bereichen gestellt werden, die Behandlung der einzelnen Produkte soll dagegen nur noch zur Thematik „Freiflächengestaltung“ erfolgen, da diese in der ersten Lesung noch nicht behandelt worden waren. Hinsichtlich der kw-Stellen in den vom Ausschuss zu beratenden Fachbereichen ist festzuhalten, dass diese im Personalausschuss beraten werden und dort eine geschlossene Empfehlung für alle Geschäftsbereiche erfolgen soll. Diese waren daher nicht Bestandteil der Ausschussempfehlung für die Haushaltssatzung bzw. Haushaltsplanung.

Weiterhin gab **Frau Krausbeck** zur Kenntnis, dass dem Änderungsantrag der SPD, welcher im Kulturausschuss gestellt worden war, dort einstimmig zugestimmt worden ist: (Der Zuschuss im in der Sachkontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Produkts 1.27201 Stadtbibliothek im Geschäftsbereich III wird um 30.000 € erhöht. Zur Deckung wird der Zuschuss des Produkts 1.51105 in der Sachkontengruppe Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Produktgruppe Stadtgrün im Geschäftsbereich II, Teilhaushalt des Fachbereichs Umwelt um 30.000 € abgesenkt.)

1. Fachbereich Sicherheit:

(S. 161ff.)

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion fragte nach, wo der Zuschuss von 150.000 EUR „Überwachung fließender Verkehr Erweiterung“ (S. 183) eingesetzt würde. **Herr Müller, Verwaltung** verwies auf derzeit sieben Unfallschwerpunkte in der Stadt und dass man deshalb diese Gelder für die Überwachung des fließenden Verkehrs (zwei „Starenkästen“) einsetzen wolle. Eigentlich gäbe es sieben Schwerpunkte, an denen kontrolliert werden müsse, aber der geplante Einsatz von lediglich zwei Kästen resultiere aus Personalproblemen. **Herr Misch, CDU-Fraktion** wendete ein, ob unter diesem Gesichtspunkt es nicht effektiver sei, einen zweiten transportablen Messpunkt anzuschaffen? **Herr Müller** erklärte, auch das sei aus personellen Gründen nicht machbar, bei Zwei Fahrzeugen benötige man sechs Mitarbeiter in zwei Schichten.

Brandschutz, Rettungsdienst Katastrophenschutz:

Herr Misch, CDU-Fraktion erläuterte, dass zwei Vereine (DLRG, Wasserwacht) in Schwimmbädern trainieren. Da die Preise für die Bahnennutzung wieder erhöht werden mussten, stellte er die Frage, wie dieser Preisaufwuchs für diese in der Wasserrettung tätigen Vereine ausgeglichen wird. **Herr Schumann, Verwaltung** beantwortete und erläuterte, dass seit dem 1.1.2013 ein neues Rettungsdienstgesetz gilt, welches auch die Umsetzung der Wasserrettung als Aufgabe beinhaltet. Es gibt eine Genehmigung für diese beiden Vereine, die Wasserrettung durchzuführen. Gemeinsam mit den Krankenkassen wird über die Kosten verhandelt. Derzeit laufen dazu Gespräche mit den Landesverbänden (an die die Handlungsvollmacht abgetreten worden ist), mit dem Ministerium des Innern und Sport und den Krankenkassen. Diese Ergebnisse sollen zunächst abgewartet werden.

Zu Straßenreinigung und Winterdienst sowie zum Fachbereich Einwohnerwesen gab es keine Fragen.

Fachbereich Umwelt:

a) Umwelt: keine Fragen

b) Stadtgrün

Herr Misch, CDU-Fraktion erklärte, dass der Änderungsantrag der SPD im Kulturausschuss in diesem Ausschuss behandelt werden solle. Er dankte der Verwaltung herzlich für die ehrliche und mutige Beantwortung seiner Anfrage nach den Auswirkungen der Einsparung von 600 000 EUR im Grünflächenbereich. Er vertrat die Auffassung, dass hier ein Bürgerentscheid durchgeführt werden sollte. Er möchte nicht, dass die Grünflächen durch sinkende Finanzansätze „verlottern“.

Herr Stäglin, Verwaltung erläuterte den in der Beantwortung verwendeten Terminus „Wechselbepflanzung“. Da der mögliche Finanzrahmen weitestgehend für gefahrenabwehrende Maßnahmen eingesetzt werden müsse, sei das dann nicht mehr möglich. Er verwies auf eine Anregung aus dem Bürgerhaushalt, Grünpflege-Patenschaften zu forcieren, hierzu gab es bereits Abstimmungen mit dem DLZ Bürgerengagement.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, erläuterte, dass am 12.11.2013 im Planungsausschuss die Spielflächenkonzeption beschlossen worden sei, aus der sich ergebe, dass man für die Spielflächen eigentlich 250 000 EUR/a benötige, in den Haushalt seien aber nur 195 000 EUR eingestellt, die Lücke würde immer größer. Eine Überprüfung der Spielplätze habe große Schäden bzw. Mängel offenbart. Er fragte, welche Summe für die Schadensbehebung erforderlich sei. **Herr Stäglin** erwiderte, dass dies noch nicht bekannt sei, der TÜV sei noch dran. Z. T. soll eine Finanzierung über Fluthilfemittel erfolgen, zudem hat der Verein „Wir helfen“ die Stadt unterstützt. Eine zeitnahe Abstellung der Schäden sei nicht immer möglich. **Frau Dr. Schöps, SKE** ist entsetzt, wie man das als Verwaltung verantworten kann. Wenn Gelder nur noch für Gefahrenabwehr eingesetzt werden könnten, mindert sich die Qualität durch Vernachlässigung weiter, Einsparungen stellen sich als

„Milchmädchenrechnung“ dar. **Herr Misch, CDU-Fraktion** erklärte, diese Antwort sei nicht neu und verwies dazu auf die Antworten in 2012. Wenn keine rechtzeitige Pflege nach Schadenseintritt an Bäumen z. B. erfolge, tritt durch Pilzbefall eine schnelle Verschlechterung ein. Er plädierte dafür, 100 000 EUR für Brunnen zu streichen und dieses Geld für andere Dinge einzusetzen. Dem SPD-Änderungsantrag im Kulturausschuss stimme er inhaltlich zu.

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende fragte nach, warum in der Spielflächenkonzeption und im Haushalt unterschiedliche Zahlen zum Haushaltsansatz 2014 bei den Spielflächen - einmal 195.000 € und einmal 221.155 € stehen?

Herr Stäglin, Verwaltung antwortete, dass das in der Spielflächenkonzeption noch eine alte Fassung zum Haushaltsansatz sein könnte.

Weiter: Wie wurde der Wert von 250.000 € für den jährlichen Unterhaltungsbedarf bei den Spielplätzen ermittelt?

Antwort **Herr Stäglin**: Der Ansatz von 250.000 € entspricht dem Unterhaltungsbedarf, ist aber wie immer auch eine Abwägung von Notwendigem und Machbarem.

Die Wasserspielplätze waren bislang bei der Haushaltsstelle der Wasserspiele verortet. Warum wurde dies geändert, warum wirkt sich dies in der Höhe des Ansatzes bei den Spielflächen nicht aus und welchen Anteil haben die Wasserspielplätze an dem Budget für die Spielflächen?

Antwort **Herr. Rost**: Für Wasserspiele waren im letzten Jahr keine Mittel vorgesehen. Wir konnten mit den von den Fraktionen in den Haushaltsberatungen erhöhten Mitteln in 2013 für die Spielflächen die Wasserspielplätze weiter betreiben. Die Betriebskosten für die Wasserspielplätze betragen ca. 15 000 €.

Änderungsantrag von **Herrn Scholtyssek, CDU-Fraktion**:

Herr Scholtyssek äußerte, dass er gerne die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in den Produkten "Freizeitflächen, Spiel- und Bolzplätze" und "Grünflächen und Parkanlagen" erhöhen möchte und zur Deckung die geplanten Blitzeranlagen aus dem Haushalt streichen möchte. **Herr Stäglin** merkte an, dass eine Deckung von Aufwendungen im Ergebnishaushalt nicht mit Investitionsmitteln aus dem Finanzplan erfolgen kann. **Frau Krausbeck** wies darauf hin, dass Änderungsanträge nach der Geschäftsordnung schriftlich gestellt werden müssen, das heißt zumindestens, zu Protokoll gegeben werden müssten. **Herr. Scholtyssek** kündigte daraufhin an, den Änderungsantrag für den Finanzausschuss einreichen zu wollen.

Herr Misch, CDU-Fraktion sagte, dass die Möglichkeit des Abschlusses von Patenschaften im öffentlichen Bereich begrenzt möglich und sinnvoll sei. Im Bereich Friedhofswesen/Bestattung (Einsparung von 300 000 EUR) sehe er nicht die Möglichkeiten, hier Patenschaften einzuwerben.

Gestaltung Freiflächen:

Herr Misch, CDU-Fraktion sagte, dass er sich bei der Schaffung neuer Grünflächen, insbesondere Spielflächen im Zwiespalt befände: einerseits könnten vorhandene Flächen nicht unterhalten werden, andererseits sollen neue Spielflächen geschaffen werden. **Herr Stäglin, Verwaltung**, erwiderte, dass es auch von Vorteil sei, wenn neugestaltete Flächen vorliegen, da diese für die Folgejahre in der Unterhaltung günstiger seien, vor allem, dass auch den Bedürfnissen junger Menschen stärker entsprochen werden kann. **Frau Trettin, Verwaltung** ergänzte, dass es sich hier z. T. um Ersatzmaßnahmen handle und z. T. um Investitionen in Gebieten, wo ganz wenig Angebote an Spielflächen momentan bestehen und

ein echter Nachholbedarf besteht. **Herr Misch, CDU-Fraktion** fragte, ob es eine Übersicht dazu zur Verteilung auf städtischen Flächen gebe. **Herr Stäglin** bot an, aus der Spielflächenkonzeption dazu eine Tabelle für den Ausschuss herauszuziehen. **Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses** merkte an, dass 2014 nur Investition in der Höhe von 21 TEUR vorgesehen seien, alle weiteren Investitionen in die Folgejahre verschoben worden seien. Das sei für 2014 sehr wenig und sie wollte wissen, wo die Prioritäten gesetzt werden. **Herr Stäglin** entgegnete, dass der Spielraum für Spielplatzprojekte z. T. „0“ betrage.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion verwies darauf, dass die Spielflächenkonzeption im Planungsausschuss beraten wird, obwohl deren finanzielle Auswirkungen Gegenstand im Ordnungs- und Umweltausschuss sind, das passe für ihn nicht zusammen. **Herr Stäglin** unterbreitete deswegen den Vorschlag, diese Vorlage im Dezember im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten aufzurufen. Das wird erfolgen.

DLZ Klimaschutz:

Hier stellte **Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion** die Frage, ob die Mitarbeiter, die aus anderen Aufgaben innerhalb der Stadtverwaltung dorthin wechseln werden, ihre bisherigen Aufgaben mitnehmen, oder ob diese durch andere Mitarbeiter übernommen werden. **Herr Stäglin, Verwaltung** verwies für die Beantwortung auf den Personalausschuss, erwiderte aber auch, dass bestimmte Aufgaben in den ursprünglichen Bereichen verbleiben werden, die dann anderen Mitarbeitern zugeordnet werden müssen. **Herr Zwick, Verwaltung** ergänzte, dass Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe in der Stadtverwaltung darstelle, die derzeit u. a. im planenden Bereich sowie in der Umweltvorsorge wahrgenommen werde und man deshalb dort Mitarbeiter herauslösen wolle.

Es erfolgte die Beschlussfassung. **Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende** befragte zunächst die Sachkundigen Einwohner nach ihrem Votum. Durch diese erfolgte eine Ablehnung von Haushaltsplan- und Satzungsentwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

2 ja-Stimmen und 5 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2014 mit dem Haushaltsplan 2014.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2012 zur Kenntnis.

zu 4.2 Brandschutzbedarfsplan-V/2012/10626- Unterlagen bitte mitbringen!
Vorlage: V/2012/10626

Diese Vorlage ist aus dem Finanzausschuss zurückverwiesen, es wurden Veränderungen vorgenommen, **Herr Halko, Verwaltung** stellte diese vor.

Das sind im Wesentlichen: 1) Maßnahme Dörlau
2) Außenwache

1) 2016 soll die Feuerwehr nun einen Neubau bekommen. Im Jahr 2018 soll das neue Gerätehaus dann nutzbar sein.

Herr Halko führte aus, dass der Brandschutzbedarfsplan (BSBP) am 12.09.2013 im Ordnungs- und Umweltausschuss behandelt und damals beschlossen worden ist. Im darauffolgenden Finanzausschuss am 17.09.2013 wurden von Herrn Misch folgende zwei Punkte vorgebracht, die nochmalig im Ordnungs- und Umweltausschuss diskutiert werden sollten. Nach seiner Aussage gehörten diese nicht in den Finanzausschuss, sondern in den Ordnungs- und Umweltausschuss. Diese Punkte waren:

- Die im BSBP enthaltene Baumaßnahme „Neubau des FW-Hauses der Ortsfeuerwehr Dörlau“ soll zeitlich früher erfolgen.
- Die Berechnung des Personalbedarfes für die Inbetriebnahme der angestrebten Außenwache der Berufsfeuerwehr soll nicht nach der in den nächsten Jahren beabsichtigten Optimierung der Personalfaktors erfolgen, sondern mit dem derzeitigen (höheren) Personalfaktor.

Der BSBP wurde dann über den Stadtrat an den Ordnungs- und Umweltausschuss zurückverwiesen, er ist in dieser Sitzung erneut behandelt worden. Die Verwaltung konnte vorweisen, dass beiden Punkten von Herrn Misch vollständig entsprochen wurde. Die Änderungen wurden im BSBP hinterlegt. Weitere Diskussion gab es nicht. Der Ordnungs- und Umweltausschuss hat erneut ein Votum abgegeben. Er wird nunmehr am 10.12.2013 im Finanzausschuss behandelt werden.

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende fragte danach, wie die nun erforderliche zeitliche Verschiebung der Errichtung der Atemschutzübungsanlage überbrückt werde. **Herr Schumann, Verwaltung** erwiderte, dass man mit den derzeitigen Provisorien eben ein Jahr länger auskommen müsse.

Vor der Abstimmung durch die stimmberechtigten Mitglieder erfolgte das Votum der Sachkundigen Einwohner, diese stimmten einstimmig dem Brandschutzbedarfsplan zu.

Abstimmungsergebnis: geänderter Beschluss

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die unter Kapitel 8.3 des anliegenden Brandschutzbedarfsplans aufgeführten Maßnahmen. Die Umsetzung **der einzelnen Maßnahmen** erfolgt nach Maßgabe des Haushaltsplanes **und Beschlussfassung des Stadtrates.**
2. Zur Gewährleistung des abwehrenden Brandschutzes und der Hilfeleistung ist die Errichtung einer weiteren Außenwache der Berufsfeuerwehr notwendig. Ziel ist die

Umsetzung des zu realisierenden Schutzziels im nördlichen und nordöstlichen Stadtgebiet sowie im Industriegebiet Star Park Halle A 14.

3. Der Stadtrat beschließt folgendes Schutzziel:

- **9 Einsatzkräfte** treffen in der Regel und unter gewöhnlichen Bedingungen innerhalb von **12 Minuten** nach der Alarmierung an jeder Einsatzstelle ein, die über öffentliche Verkehrsflächen zu erreichen ist.
- **Nach weiteren 5 Minuten** sollen **6 weitere Einsatzkräfte** an der Einsatzstelle eintreffen.
- Bei **mindestens 80 % der hilfsfristpflichtigen Einsätze** sollen in jedem Stadtteil/Stadtviertel die Zielgröße Hilfsfrist und **die Zielgröße** Funktionsstärke eingehalten werden.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vervollständigung der Baumfällliste Vorlage: V/2013/11984

Herr Sommer, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM führte in den Antrag ein und änderte gleich zu Beginn den Antrag. So solle der Pkt. 1 wegfallen, aber die Punkte 2 und 3 weiterhin Bestand haben. Die Art der zu fällenden Bäume und deren qualitative Zustandsbewertung der zu fällenden Bäume in die Liste noch einzutragen, solle keine Schwierigkeit für die Verwaltung sein, auch verfüge man nicht in der Ausschusssitzung über die Protokolle der Baumschutzkommission. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung** begründete die Ablehnung dieses Antrags, die Baumfällliste, welche auf Grundlage eines Stadtratsbeschlusses in jeder Ausschusssitzung vorgelegt werden, habe eine Hinweisfunktion, es bestehe jederzeit die Möglichkeit, im Wege eines sehr einfachen Akteneinsichtsverfahrens bei der Behörde die erforderlichen Auskünfte detailliert und unkompliziert einzuziehen.

Frau Dr. Schöps, SKE ergänzte die Darlegungen von Herrn Sommer, Anlass des Antrags sei gewesen, etwas mehr an Begründungen, als gegenwärtig in den Listen vorliegend, zu erhalten. **Herr Misch, CD-Fraktion** entgegnete, dass es ausreichend Informationen u. a. über Presse, Amtsblatt, Baumschutzkommission gebe, die CDU unterstütze ganz ausdrücklich die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag. **Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende** verwies darauf, dass eigentlich die großen Baumfällaktionen der Stadt sinnvollerweise im Planungsausschuss (dann abschließend) behandelt werden müssten. Die Beratung im Ordnungs- und Umweltausschuss sei viel zu spät, hier könne allenfalls nur noch reagiert werden bzw. über die Rechtmäßigkeit der Genehmigungen befunden werden, die Entscheidung über Verbleib bzw. Entfernen von Bäumen erfolge bei städtischen Vorhaben in der Planungsphase. Ihre Anfrage, was Baumfällungen in der Pfännerhöhe anbeträfe, wäre im Planungsausschuss an der richtigen Stelle. Die Sachkundigen Einwohner lehnten den Antrag mit Patt ab.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

die bestehende Baumfällliste, die den Mitgliedern des Ordnungs- und Umweltausschusses sowie im Internet den Bürgerinnen und Bürger regelmäßig zur Verfügung gestellt wird, um folgende Angaben zu ergänzen:

- zum quantitativen Baumbestand des von Fällungen betroffenen Grundstücks
- die Art der zu fällenden Bäume
- eine qualitative Zustandsbewertung der zu fällenden Bäume.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen sind nicht gestellt worden.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende stellte folgende, vorher der Verwaltung schriftlich übermittelte Frage:

Am 25.10.2012 wurde im Rahmen einer Baumschau der Baumschutzkommission der Stadt Halle das Vorhaben „grundhafter Ausbau Pfännerhöhe“ behandelt. Betroffen vom Projekt sind insgesamt 122 Bäume in der vorhandenen Allee. Nach den Angaben im Protokoll der Baumschau kommt ein Gutachten, das den Zustand der Bäume untersucht, zum Ergebnis, dass die Bäume im derzeitigen Bestand eine recht gute Vitalität aufweisen und die Allee erhaltungswürdig ist. Festgelegt wurde daraufhin, dass die Lage der Wurzeln untersucht werden und auch geklärt werden soll, welche Leitungen neu- bzw. umzuverlegen sind und in welchen Bereichen ausreichend Platz für Leitungen vorhanden ist. Danach sollte die BSK erneut einbezogen werden.

1. Aus welchen Gründen soll eine Verbreiterung der Straße erfolgen?
2. Wie ist der Stand der aktuellen Planungen zum Vorhaben? Werden Planungsvarianten untersucht, die einen Erhalt der Bäume zum Ziel haben?
3. Wann sind eine erneute Einbeziehung der Baumschutzkommission und eine Befassung in den Stadtratsgremien vorgesehen?
4. Wie erfolgt eine Einbeziehung der Bürgerschaft in die Planungen?

Frau Trettin, Verwaltung antwortete: Anlass sei der Zustand der Straße und das Vorhaben der HWS GmbH, eine hundertjährige Trinkwasserleitung erneuern zu müssen. Auch handele es sich bei diesem Vorhaben um eine Vorplanung, in der auch Varianten mit Erhaltung der

Bäume geprüft werden. Eine Verbreiterung der Straße sei nicht beabsichtigt, aber eine andere Zuordnung der Verkehrsflächen. Die Vorplanung solle als Beschlussvorlage in den Stadtrat eingebracht werden, hinsichtlich der im Planungsausschuss erzielten Vorzugsvariante wird es eine Bürgerbeteiligung geben. **Herr Stäglin** ergänzte, dass es für dieses Vorhaben noch keinen finanziellen Ansatz gebe. Eine Beteiligung der Anwohner wird erfolgen, das mache aber erst dann Sinn, wenn ein Zeithorizont für das Vorhaben existent sei. Hier seien auch Probleme der Verkehrslenkung zu prüfen. Da aber das Vorhaben „Rannischer Platz“ demnächst anstehe, erfolge in der Pfännerhöhe in der nächsten Zeit nichts. Hinsichtlich der Erhaltung der Bäume werde er sehr genaues Augenmerk darauf haben, wenn die Varianten zum Vergleich vorliegen werden.

Frau Dr. Schöps, SKE fragt nach, wie die Verwaltung mit den Baumfällungen im Pauluspark auf Grund des derzeitigen Baustopps umgehe, ob diese gestoppt seien. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung** bejahte dies.

zu 7.2 **Mitteilungen zur Bundestagswahl 2013**

Frau Lachky, Verwaltung, berichtete, die Präsentation liegt in Session vor. Positive Aufnahme habe der erstmalige Einsatz von Wahlbriefen unter der Bevölkerung genommen. Die Wahrnehmung der Möglichkeit, auf elektronischem Wege einen Wahlschein zu erhalten, habe positiven Effekt für den Verwaltungsaufwand gehabt.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion fragte nach dem Anteil der städtischen Mitarbeiter als Wahlhelfer, dieser sei wohl nicht sehr hoch gewesen. Wie sei da geworben worden? **Frau Lachky** erläuterte, dass insbesondere viele Mitarbeiter in der Briefwahl eingesetzt gewesen wären und für die nächste anstehende Wahl man bemüht sei, noch mehr Mitarbeiter insgesamt einzusetzen.

zu 7.3 **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Abfallbehältern in Grünflächenanlagen-Vorlage: V/2013/11792-Beschlusskontrolle! Unterlagen bitte mitbringen!**

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende begründete die Aufnahme dieser Beschlusskontrolle auf die Tagesordnung, da diese ihres Erachtens nicht ausreichend sei, um den Auftrag der Verwaltung zu erfüllen. Z. B. sei das Gebiet um den Hufeisensee unterbestückt mit Papierkörben, sie möchte wissen, wie viel dort aufgestellt worden seien. Gleichfalls sei unklar, wie die Ausstattung von Grünflächen mit Abfallbehältern zu bestimmten Zeiten sei (Stichwort Ziegelwiese). Es sei eine detaillierte Auseinandersetzung mit diesem Thema gewünscht. In Leipzig gibt es ein Konzept für Sicherheit und Ordnung, welches auch die Bewirtschaftung von Papierkörben beinhalte. **Herr Stäglin, Verwaltung** wendete ein, dass diese Vorstellungen durch die Verwaltung nicht leistbar seien. Einen „Status quo“ aller Grünflächen aufzustellen. Für stark frequentierte Grünflächen wie die Ziegelwiese und das Gebiet um den Hufeisensee soll aber dieser Auftrag mitgenommen werden.

Frau Wildgrube, Verwaltung informierte den Ausschuss darüber, dass am 05.12.2013, 19.00 Uhr, im Festsaal des Stadthauses ein vom Ministerium für Inneres und Sport initiiertes Workshop zur Polizeistrukturereform stattfindet, zu dem die Ausschussmitglieder herzlich eingeladen sind.

Herr Misch, CDU-Fraktion berichtete von der stattgefundenen Sicherheitskonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung und dankte ganz ausdrücklich Herrn Dr. Wiegand für dessen Beitrag zu den Ergebnissen der Video-Überwachung.

Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung wies nochmals auf die Einladung der Verwaltung an die Fraktionen hin, zu den Fraktionssitzungen Rede und Antwort zu der Thematik „Vorschläge zur Änderung der Abfallgebührensatzung und Abfallwirtschaftssatzung ab 2015“ zu stehen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Krischok, SKE stellte zwei Anfragen:

1. Investitionsprogramm Altbergbau- Restlöcher
2. Was hat die Verwaltung geplant hinsichtlich der Fütterung von Nutrias?

Frau Ruhl-Herpertz beantwortete die erste Frage und wies auf den in jedem Fall erforderlichen Eigenmittelanteil in Höhe von 20% hin. Im Falle des Osendorfer Sees habe man eine Ausnahmesituation, da hier Fluthilfemittel in Anspruch genommen werden können. Die Frage 2 wird die Verwaltung schriftlich beantworten.

Frau Burghardt, SKE fragte danach, warum der Wochenmarkt 3Tage auf der Ostseite stattgefunden habe. Die Verwaltung erläuterte, dass dies durch die Veranstaltung „Wetten dass...“ bedingt war.

zu 9 Anregungen

Herr Bernstiel, SKE regte an, dass die Stadt hinsichtlich des Problems „Graffiti-Beseitigung“ darüber nachdenken solle, hier eine Flatrate abzuschließen. Dies sei für die Stadt womöglich finanziell günstiger.

Die öffentliche Sitzung wurde 18:00 Uhr geschlossen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 09.12.13

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Elisabeth Krausbeck
Ausschussvorsitzende

Renée Fischer
Protokollführerin